

Zum Stand der Antiminenkampagne

Eine Welt, in der sich Zivilpersonen frei bewegen können, in der es keine Landminen, Streumunition, explosive Kampfmittelrückstände gibt, in der Kinder ohne die Angst, auf eine Mine zu treten, spielen können, scheint heute noch utopisch zu sein. Etwa 42 Prozent der von Minen Getöteten oder Verletzten sind Kinder. Nur 29 der 194 UNO-Mitgliedländer sind von Minen gesäubert. Vor 20 Jahren trat das «Übereinkommen über das Verbot des Einsatzes, der Lagerung, der Herstellung und der Weitergabe von Antipersonenminen und über deren Vernichtung», die sogenannte Ottawa-Konvention, ein völkerrechtlicher Vertrag zum Verbot von Antipersonenminen, in Kraft. Wie steht es um die Entminung heute?

/ Diana Hryzschyna /

Bereits im Ersten Weltkrieg und später verbreitet im Zweiten wurden Antipersonenminen genutzt. Auch im Vietnam-, im Korea- und im ersten Golfkrieg kamen sie zum Einsatz. Die Landmine, zu denen die Antipersonenmine und die Antipanzermine gehören, besteht aus einem Behälter und einem Zünder, der losgeht, wenn er mit Gewicht belastet wird. Bei Antipersonenminen sind für die Zündung nur zwei Kilogramm Druck nötig, was sie so gefährlich für Kinder macht. Hinzu kommen zahlreiche weitere Unterkategorien von Minen. So ist die «Fragmentierungsmine» eine Antipersonenmine, die bei ihrer Explosion Metallfragmente durch die Luft sprüht. Eine «Springmine» verletzt oder tötet eine Person allein durch die Kraft der Explosion.

Die Zahl der durch Minen getöteten oder verletzten Menschen bleibt anhaltend hoch infolge der bewaffneten Konflikte in Ländern wie in Afghanistan und Syrien sowie in

der Ukraine, in Irak, Pakistan, Nigeria, Myanmar, Libyen und Jemen. Die genaue Datenerfassung für aktive Konflikte bleibt jedoch herausfordernd. Da Minen auch nach Beendigung eines Krieges oder Konfliktes gefährlich bleiben, leben die Menschen dort in grosser Unsicherheit und Angst vor Verletzungen oder Tod. Denn überall lauert die Gefahr, auf eine Landmine zu treten – mit den bekannten Folgen.

Die Ottawa-Konvention

Das Übereinkommen über das Verbot des Einsatzes, der Lagerung, der Herstellung und der Weitergabe von Antipersonenminen und über deren Vernichtung (die «Ottawa-Konvention») ist ein völkerrechtlicher Vertrag zum Verbot von Antipersonenminen. Das Übereinkommen wurde am 18. September 1997 in Oslo angenommen, am 3. und 4. Dezember 1997 in Ottawa zur Unterzeichnung aufgelegt und trat am 1. März 1999 in Kraft. Die Konvention sieht für Vertragsstaaten vier Bedingungen vor:

1. Das Verbot, Antipersonenminen einzusetzen, zu entwickeln, zu produzie-

ren, zu erwerben, zu lagern und weiterzugeben.

2. Die Vernichtung aller Lagerbestände von Antipersonenminen innerhalb von vier Jahren nach Ratifizierung des Vertrags.

3. Die Räumung von minenverseuchten Gebieten innerhalb von zehn Jahren nach Ratifizierung des Vertrags.

4. Die Bereitstellung von finanziellen Mitteln für die Minenopferhilfe.

Die Mitgliedstaaten der Ottawa-Konvention

Bis heute haben 164 Staaten die Ottawa-Konvention unterzeichnet und ratifiziert. Zu den Unterzeichnerstaaten gehören alle Länder von Amerika, ausgenommen die USA und Kuba, alle afrikanischen Staaten südlich der Sahara sowie alle EU-Mitglieder. Zu den Nicht-Unterzeichnerstaaten gehören aus Europa und Asien Armenien, Aserbaidschan, China, Georgien, Kasachstan, Kirgistan, Russland, Usbekistan sowie aus dem Nahen Osten und Nordafrika Bahrain, Ägypten, Iran, Israel, Libanon, Libyen, Marokko, Saudi-Arabien, Syrien und die Vereinigten Arabischen Emirate.

Vom 3. bis 7. Mai 1999 fand in Maputo, der Hauptstadt von Mosambik, das erste Treffen der Vertragsstaaten statt. Seit dieser Zeit wurden beeindruckende Fortschritte bei der Erfüllung des Versprechens der Konvention erzielt, was zumindest in einigen Ländern ein Ende der Gefahren durch Antipersonenminen bedeutete. Seit der Vertrag unterzeichnet wurde, sind über 51 Millionen gelagerte Antipersonenminen zerstört worden. 29 Staaten wurden vollständig von diesen Waffen gesäubert. Im November 2017 waren aber immer noch 61 Staaten und Gebiete von Minen kontaminiert¹. Bereits 2014 beschlossen die Vertragsstaaten von Ottawa in einer Abstimmung, die gesamte Räumung von Antipersonenminen bis 2025 abzuschliessen.



Lady Diana, Schutzfrau der Antiminenkampagne

Vor rund zwanzig Jahren besuchte Lady Diana, Prinzessin von Wales, als UNO-Botschafterin die Minenfelder von Huambo in Angola und von Travnik in Bosnien. Im Januar 1997 hatte Angola aus dem Bürgerkrieg eine Hinterlassenschaft von bis zu 20 Millionen Landminen. Bei ihrem Besuch konzentrierte sich Lady Diana auf die Verletzten und gedachte auch der getöteten Kinder. Im Juni 1997 erzählte sie in einer Rede anlässlich eines von der Mines Advisory Group und dem Landmine Survivors Network organisierten Seminars in London von ihrem Besuch in Angola, einem Land, das eine Bevölkerung von 10 Millionen Menschen hat und in dem sich 15 Millionen Landminen befinden. Und sie warnte: «Auch wenn die Welt morgen beschließen würde, diese Waffen zu verbieten, bedeutete das schreckliche Erbe der Minen, die sich bereits auf dieser Erde befinden, für die armen Nationen auf unserer Erde weiterhin eine Seuche. «Das Übel, das Menschen tun, lebt nach ihnen weiter.»²

Im Sommer desselben Jahres besuchte Lady Diana Bosnien-Herzegowina. Sie verzichtete auf Treffen mit Politikern, auf den roten Teppich oder verstärkten Polizeischutz. Ihr ging es ausschliesslich um die möglichst direkte Begegnung mit Opfern von Landminen. Sie strebte ein weltweites Verbot der Landminen an. 1998, ein Jahr nach ihrem Unfalltod, verabschiedete das britische Parlament ein Anti-Landminen-Gesetz, das die Produktion, den Verkauf und die Platzierung der heimtückischen Waffen verbietet. Heute führt ihr jüngerer Sohn, Prinz Harry, ihren Kampf gegen Landminen fort. Er unterstützt «Landmine Free 2025»³, eine Kampagne, die sich dafür einsetzt, dass Landminenräumung weiterhin als Ziel anzustreben sei und dass die von Landminen betroffenen Menschen nicht vergessen werden.

Der Antiminen-Report 2018 «Clearing the Mines»

Der Antiminen-Report «Clearing the Mines 2018»⁴ schätzt, dass Anfang September 2018 noch insgesamt 58 Staaten und drei Territorien (Kosovo, Nagorno-Karabach und West-Sahara) von Antipersonenminen kontaminiert waren. Von den 33 Nichtunterzeichnerstaaten des Ottawa-Vertrages lagern bis zu 30 weiterhin noch Landminen.



Explosive Reste im Irak (Handicap International)

Artikel 5 der Ottawa-Konvention verpflichtet jeden Vertragsstaat, alle Antipersonenminen in verminnten Gebieten so bald als möglich, spätestens jedoch zehn Jahre, nachdem dieses Übereinkommen für den betreffenden Vertragsstaat in Kraft getreten ist, zu vernichten oder ihre Vernichtung sicherzustellen. Jene Gebiete, die Antipersonenminen auf ihrem Territorium lagern, die Frist jedoch nicht einhalten können, sind verpflichtet, eine Fristverlängerung zu beantragen. Doch für viele Länder ist die Deadline bereits am 1. Mai 2018 abgelaufen.

Zu den Ländern, die ihre Verpflichtungen nicht einhalten, gehören so besorgniserregende wie Eritrea, die Ukraine, Äthiopien, Senegal, Niger, Tschad. Eritrea konnte keine Beweise liefern, dass in den letzten Jahren Antipersonenminen geräumt worden wären, und in der Tat gibt es dort keine Fortschritte in der Minenräumung seit Ende 2013. Auch Äthiopien und Senegal haben gegen internationales Recht (Verpflichtung zur Minenräumung) verstossen. Äthiopien hat seit 2013 keine Minenräumungen mehr vorgenommen. Im Senegal bleiben Antipersonenminen in den Militärbasen, nachdem das Land die Ottawa-Konvention vor 20 Jahren unterzeichnet hatte.

Länderbewertung mit Punktesystem

Jedes Land wird mit einer Punktzahl zwischen 0 und 10 bewertet. Durchschnittliche Bewertungen von 8.0 oder höher gelten als «sehr gut», solche von 7.0 bis 7.9 als «gut», jene von 5.0 bis 6.9 werden als «Durchschnitt», jene von 4.0 bis 4.9 als «schlecht» eingestuft, wäh-

rend 0 bis 3.9 Punkte als «sehr arm» bezeichnet werden. Kein Land erreichte im Report von 2018 die Bewertung «sehr gut», doch immerhin vier Programme wurden mit «gut» bewertet. Es sind dies: Mauretanien, Sri Lanka, das Vereinigte Königreich und Simbabwe. Eine Zurückstufung um 0.4 Punkte erfuhr die Tschad (4.8), Kroatien (6.5) und Senegal (3.0), die alle Mitgliedstaaten der Ottawa-Konvention sind.

Auch unter den Staaten, die die schlechteste Bewertung erfuhr, gibt es enttäuschend viele, die Mitglied des Antiminen-Abkommens sind. Zu ihnen gehört der Jemen (4.5, + 0.5), wo der anhaltende Konflikt Einfluss hat auf das Entminungsprogramm. Myanmar, das nicht Mitglied ist, landete bei der Bewertung auf dem letzten Platz.

Fristverlängerungsanträge

Anfang November 2018 hat die Ukraine eine Fristverlängerung um fünfeinhalb Jahre bis zum 1. Dezember 2021 beantragt, um Artikel 5 der Konvention zu erfüllen. Die Fristverlängerung wurde nötig, da nach dem Ausbruch des Konflikts im Jahr 2014 erneut Antipersonenminen eingesetzt wurden. Auch Serbien, Nigeria oder Kamerun ersuchten um Fristverlängerung. Die letzten beiden sind aktuell von Minen betroffen, die von den Boko-Haram-Terroristen seit zwei Jahren eingesetzt werden.

Zu den Ländern, die 2018 Verlängerungsanträge zur Erfüllung von Artikel 5 stellten, gehören auch Bosnien und Herzegowina, Kroatien, Zypern,

Fortsetzung Seite 18

Serbien, Sudan und Grossbritannien. Mosambik – ein Land, das einst eine der schlimmsten Kontaminationen der Erde erlebte – gehört zu den Ländern, die die Bevölkerung von Angst befreit hat und zeigt, was möglich ist und was erreicht werden kann. Der Irak kämpft mit der Schwierigkeit, dass die IS-Terroristen Landminen produzieren und verwenden. Das Land profitiert wie Afghanistan von grosser finanziellen Unterstützung bei der Minenräumung, beide Länder sind mit «massiver» Kontamination konfrontiert.

Die Landminen in der Ukraine

Die Ukraine ist infolge des vierjährigen bewaffneten Konflikts, der zwischen den ukrainischen Regierungstruppen und Separatisten, die von Russland unterstützt werden, auf der Krimhalbinsel und im Osten des Landes in den Regionen Luhansk und Donezk 2014 ausbrach, eines der am stärksten von Landminen betroffenen Länder der Welt. Die Feindseligkeiten zwischen Regierungstruppen und Rebellen für die Unabhängigkeit im Donbass haben rund 16'000 Quadratkilometer Land mit Landminen und anderen nicht explodierten Kampfmitteln kontaminiert.⁵ Die Konfliktparteien setzen die Platzierung von Antipersonenminen in besiedelten Gebieten und in der Nähe von zivilen Einrichtungen fort.

Es wird angenommen, dass die schwersten Minen und die meisten explosiven Kampfmittelrückstände innerhalb der 15-Kilometer-Pufferzone zwischen den Kriegsparteien zu finden sind, aber der Zugang zu diesem Gebiet

ist begrenzt. Bei den Ottawa-Überprüfungstreffen behauptete die Ukraine, dass etwa 8 Prozent des Territoriums in der Ostukraine mit Antipersonenminen und improvisierten Sprengvorrichtungen (IED) kontaminiert sind.⁶

Im Dezember 2017 erklärte die Ukraine, alle Antipersonenminen, die in der Ostukraine eingesetzt wurden, seien in Russland hergestellt worden und stünden nur im Dienst der russischen bewaffneten Kräfte.⁷ Die Mehrheit der Entminungsaktivitäten konzentrierte sich jedoch auf die Berührungslinie zwischen den zwei kämpfenden Seiten:

State/other area	Performance score	Performance rating	Change in performance score	Performance trend
Mauritania	7.4	Good	+0.4	▲
Sri Lanka	7.2	Good	NC	▲
United Kingdom	7.2	Good	+0.8	▲
Zimbabwe	7.2	Good	+0.2	▲
Chile	6.9	Average	-0.3	▼
Afghanistan	6.7	Average	NC	▲
Thailand	6.7	Average	+0.4	▲
Cambodia	6.6	Average	+0.3	▲
Croatia	6.5	Average	-0.4	▼
Angola	6.3	Average	+0.3	▲
Israel	6.3	Average	+0.1	▲
Jordan	6.2	Average	+0.1	▲
Lebanon	6.1	Average	+0.4	▲
Kosovo	6.0	Average	+0.3	▲
Azerbaijan	5.9	Average	+0.2	▲
Cyprus	5.8	Average	NC	▲
South Sudan	5.8	Average	-0.2	▼
Bosnia and Herzegovina	5.7	Average	-0.2	▼
DR Congo	5.7	Average	+0.1	▲
Niger	5.6	Average	-0.2	▼
Palestine	5.6	Average	-0.2	▼
Serbia	5.6	Average	-0.3	▼
Sudan	5.6	Average	+0.4	▲
Turkey	5.6	Average	+0.3	▲
Colombia	5.5	Average	-0.3	▼
Nagorno-Karabakh	5.5	Average	-0.1	▼
Tajikistan	5.5	Average	+0.3	▲
Armenia	5.2	Average	-0.3	▼
Iran	5.0	Average	+0.2	▲
Western Sahara	5.0	Average	-0.2	▼
Chad	4.8	Poor	-0.4	▼
Somalia	4.8	Poor	-0.3	▼
Ecuador	4.7	Poor	-0.2	▼
Russia	4.7	Poor	NC	▲
Georgia	4.5	Poor	-0.2	▼
Peru	4.5	Poor	-0.1	▼
Yemen	4.5	Poor	+0.5	▲
Ukraine	4.4	Poor	NC	▲
Vietnam	4.3	Poor	+0.2	▲
Senegal	3.0	Very Poor	-0.4	▼
Eritrea	2.5	Very Poor	-0.5	▼
Ethiopia	2.2	Very Poor	-0.2	▼
Myanmar	1.5	Very Poor	+0.1	▲

NC = No change

in der Nähe von Infrastruktureinrichtungen wie Wasser- und Gaspipelines, Übertragungsleitungen, Eisenbahnen und in der Nähe von landwirtschaftlichen Grundstücken.

Während vier Jahren wurden in der Ukraine bereits etwa 10'000 Zivilpersonen getötet und 25'000 verletzt. Mindestens 1833 von ihnen kamen bei Detonationen von Blindgängern oder Minen ums Leben oder wurden dabei verletzt.⁸ Seit 2014 wurden über 1600 Opfer von Landminen und anderen explosiven Kriegswaffen in der Ukraine verzeichnet. Die Orte, an denen Kinder vor weniger als vier Jahren sicher spielen konnten, sind jetzt mit tödlichen Sprengstoffen durchsetzt. Dadurch sind über 200'000 Kinder in der Umgebung der Kontaktlinie von Verletzungen und Todesfällen bedroht.

Anmerkungen

- 1 <https://handicap-international.de/sites/de/files/pdf/faktenblatt-landminen.pdf>
- 2 <http://gos.sbc.edu/d/diana.html>
- 3 www.landminefree2025.org
- 4 www.mineactionreview.org/documents-and-reports/clearing-the-mines-2018
- 5 www.bpb.de/internationales/europa/ukraine/272727/analyse-landminen-in-der-konfliktregion-im-donbass-gefahren-und-perspektiven
- 6 Statement of Ukraine, Cooperative Compliance Committee, Geneva, 25–26 June 2015.
- 7 Statement of Ukraine, APMBC 16th Meeting of States Parties, Vienna, 18 December 2017
- 8 siehe 5



Nein zu Bombenangriffen auf Zivile

Handicap International (HI) fordert die Politiker dazu auf, sich gegen Bombardierungen auf Wohngebiete einzusetzen. Solche Bombenangriffe sind in aktuellen Konflikten fast systematisch geworden und treffen zu 92 Prozent Zivilisten, die getötet oder verletzt werden. Die Bundesräte und kantonalen Politiker werden dazu aufgerufen, Stellung zu beziehen, indem sie die Petition unterzeichnen und Druck auf den Nationalrat ausüben, damit er sich entschiedener gegen den Gebrauch von Explosivwaffen engagiert. Diese Initiative von HI ist Teil der Kampagne «Stop bombing civilians».

/ Nadia Ben Said /

Die Kampagnen gegen Antipersonenminen und Streubomben sind fester Bestandteil der Identität von HI International. Gemeinsam mit anderen Partnern der Zivilgesellschaft ist es der Organisation 1997 und 2010 gelungen, internationale Verträge zu etablieren, die diese Waffen verbieten. Heute ist HI weiter aktiv und mobilisiert die internationale Gemeinschaft gegen die Verwendung von Explosivwaffen in bewohnten Gebieten, wobei immer der Schutz der zivilen Bevölkerung im Zentrum steht, die unschuldig zum Opfer der Konflikte wird.

Die Kampagne «Stop bombing civilians» verfolgt nicht nur das Ziel, die breite Öffentlichkeit zu mobilisieren, sondern auch Politiker für die humanitäre Katastrophe zu sensibilisieren, die durch die Verwendung von Explosivwaffen in Wohngebieten entsteht. Darüber hinaus soll sie politische Debatten anregen und Politiker dazu bringen, Stellung zu beziehen und politische Lösungen für ein Ende dieser inakzeptablen Vorgehensweise zu finden.

Die Petition «Stop bombing civilians»

HI hofft auf die Unterstützung der Bundesräte und der kantonalen Politiker bei diesem historischen Vormarsch, um den Nationalrat dazu zu bringen, sich als Vorreiter für den Schutz von Zivilisten vor Explosivwaffen zu präsentieren. HI ruft Sie ebenfalls dazu auf, ihre Unter-

stützung durch die öffentliche Unterzeichnung der internationalen Petition «Stop bombing civilians» kundzutun, die bisher von rund 500'000 Bürgerinnen und Bürgern unterstützt wurde, denen das Leid der Betroffenen am Herzen liegt. Ziel ist es, eine Million Unterschriften zu erreichen und damit Druck auf die politischen Entscheidungsträger auszuüben.

Die Schweiz ist ein aktives Mitglied einer Gruppe von 12 Staaten, die seit mehreren Jahren mit der Ausarbeitung einer politischen Erklärung beschäftigt ist, welche den Einsatz von explosiven Waffen in Wohngebieten beenden

will. Dieser Prozess wird offiziell vom Generalsekretär der Vereinten Nationen unterstützt. HI fordert die Schweizer Regierung dazu auf, sich mit mehr Nachdruck für den Schutz von Zivilisten einzusetzen und eine klare Position im Kampf gegen Bombenangriffe auf Wohngebiete einzunehmen.

Eine Vorgehensweise mit katastrophalen Folgen

In den meisten aktuellen Konflikten spielen sich die Kämpfe in Städten ab. Rakka, Sanaa, Mossul, Mogadischu und Donbass sind zu Symbolen der schlimmsten Grausamkeiten geworden. In bewohnten Gebieten sind 92 Prozent der Opfer von Bombenangriffen Zivilisten: Männer, Frauen und Kinder, die nicht in die Kämpfe verwickelt sind und vor den Auswirkungen des Krieges geschützt werden müssten, wie es das humanitäre Völkerrecht vorschreibt.

Neben den direkten Opfern haben die Bombenangriffe in Wohngebieten auch zahlreiche Langzeitfolgen: Menschen werden verletzt und tragen bleibende Behinderungen und psychische Traumata davon; ausserdem kommt es zur Flucht der Bevölkerung, zur Zerstörung ziviler Infrastrukturen, zur unsicheren Versorgung mit Nahrungsmitteln und es bleiben explosive Kriegsreste zurück, die noch lange nach den Kämpfen ganze Gegenden kontaminieren.

Die Staaten müssen das humanitäre Problem erkennen, das durch den Gebrauch von Explosivwaffen in Wohngebieten entstanden ist, und sich dafür einsetzen, dass humanitäres Völkerrecht eingehalten wird. Denn Zivilisten zu bombardieren, ist kein Krieg, sondern ein Verbrechen.

Nadia Ben Said ist Verantwortliche für Medien bei Handicap International Schweiz



In Genf symbolisiert der «Broken Chair» den Kampf gegen die Explosivwaffen und die Gewalt, die in bewaffneten Konflikten an der Zivilbevölkerung verübt wird. Das gegenüber dem Sitz des Genfer Büros der Vereinten Nationen errichtete Denkmal von Daniel Berset auf Initiative von Handicap International ist eine Herausforderung an die Adresse der internationalen Gemeinschaft. Es erinnert sie an ihre Verpflichtung, humanitäres Völkerrecht zu respektieren und Zivilisten gegen den Einsatz von Explosivwaffen zu schützen.

«Die Antiminenarbeit ist nach wie vor wichtig»

Marco Kirschbaum, Sie sind seit Mitte Dezember letzten Jahres neuer Geschäftsleiter bei Handicap International Schweiz und waren vorher u.a. in der Ukraine tätig. Können Sie sich bitte kurz vorstellen und uns von Ihren Aufgaben berichten, die Sie in der Ukraine im Auftrag der OSZE übernommen haben?

Nach Ausbruch des Konflikts in der Ukraine 2014 bin ich im Rahmen eines Programmes des EDA zur OSZE-Sonderbeobachtermission in der Ukraine (SMM) gestossen. Ausschlaggebend für mein Interesse an der Mission war der Bereich *dialogue facilitation* (Dialogförderung) des SMM-Mandats und dessen Potenzial zur Konfliktlösung. Insgesamt umfasst das SMM-Mandat drei Tätigkeitsbereiche, die von allen 57 Mitgliedstaaten der OSZE, inklusive der Ukraine und Russlands, im Jahr 2014 verabschiedet wurden: Monitoring und Berichterstattung zur Sicherheitslage inklusive Waffenstillstandsabkommen; Monitoring und Unterstützung bei der Einhaltung der Menschenrechte wie der Rechte von Angehörigen nationaler Minderheiten; sowie *dialogue facilitation* zur Reduktion von Spannungen. Nach Zwischenstationen für die OSZE in Charkiw und Ivano-Frankivsk war ich von März 2016 bis November 2018 stellvertretender Leiter des SMM-Regionalbüros in Donetsk.

In meiner vorherigen Tätigkeit als IKRK-Delegierter in Krisenregionen im Mittleren Osten, in Asien und Afrika konnte ich wertvolle Erfahrungen in Krisenmanagement, Verhandlungsführung und Schutz der Zivilbevölkerung in bewaffneten Konflikten sammeln. Nach 17 Jahren Mitarbeit beim IKRK, im Feld und am Hauptsitz, hatte ich 2008 die Leitung der NGO Management Association in Genf übernommen, einer Non-Profit-Organisation, die Managementausbildungen für NGOs durchführt.

Die meisten Minen während des Ukraine-Konflikts sind russischen bzw. sow-

jetischen Ursprungs (mit Produktionsmarkierungen aus den 1970er- und 1980er-Jahren). Kann Russland überhaupt dafür verantwortlich gemacht werden, und wenn ja, welche Erfahrungen haben Sie gemacht?

Tatsächlich stellen Minen eine grosse Gefahr für die Zivilbevölkerung dar, unabhängig von deren Herkunft. Seit 2014 sind mehr als 3000 Zivilpersonen getötet und ungefähr 9000 Menschen in der Ostukraine verletzt worden. Mehr als 40 Prozent der betroffenen Zivilpersonen 2017 und 2018 waren Opfer von Minen und explosiven Kriegsresten. Laut OSZE leben heute etwa 220'000 Kinder in der Ostukraine in von Landminen verseuchten Gebieten. Die Minenräumung bedarf eines Waffenstillstands, der eingehalten wird. Der Krieg ist aber immer noch Alltag in der Ostukraine, jeden Tag, bis heute. Vom 28. Januar bis 10. Februar 2019, um einen gerade abgelaufenen Zeitraum zu betrachten, hat die SMM 10'400 Waffenstillstandsverletzungen erfasst.

Die Unterzeichnerstaaten des Ottawa-Abkommens haben sich verpflichtet, die Welt bis 2025 von Minen zu befreien. Wie beurteilen Sie den aktu-

ellen Stand der Antiminenkampagne weltweit sowie die Fortschritte in diesem Prozess? Was steht noch an in den nächsten Jahren?

Ein Erfolg des Abkommens zum Verbot von Antipersonenminen ist sicherlich, dass es von 2017 bis November 2018 keine Hinweise darauf gegeben hat, dass Mitgliedstaaten des Abkommens Antipersonenminen eingesetzt hätten. 164 Staaten sind bis heute dem Abkommen beigetreten. In einem Land jedoch hat der Landminenmonitor 2018 den erneuten Einsatz von Antipersonenminen durch Regierungskräfte zwischen Oktober 2017 und Oktober 2018 bestätigt: Myanmar. Dieses Land ist nicht Mitglied des Minenverbotsabkommens.

2017 wurde im dritten Jahr in Folge eine aussergewöhnlich hohe Zahl von Opfern von Landminen und explosiven Kriegsresten (ERW) verzeichnet. Laut Landminenmonitor 2018 sind 7239 Opfer von Landminen/ERW erfasst worden – 2793 Personen wurden getötet, 4431 Personen wurden verletzt (bei 15 Opfern ist der Zustand nicht bekannt). Die grosse Mehrheit der Opfer von Landminen/ERW waren Zivilpersonen (87%), sofern ihr Status bekannt war. Dies ist ähnlich wie in den letzten drei Jahren. 2017 waren 47 Prozent aller zivilen Opfer Kinder, sofern das Alter bekannt war, ein Anstieg um 5 Prozent gegenüber 2016.

Ein grosses Problem ist die Finanzierung der Hilfe für die Opfer. Während die Finanzierung der Minenräumprogramme 2017 um 39 Prozent auf 673 Millionen US-Dollar anstieg, gibt es keine ausreichenden Ressourcen für die Opfer: 2017 betragen die dafür vorgesehenen Hilfsleistungen lediglich 15,8 Millionen US-Dollar, oder die Hälfte im Vergleich zu früheren Jahren. Die Hilfsleistungen für die Opfer müssen um ein Mehrfaches wachsen, um den Bedürfnissen zu entsprechen. Ein weiteres Problem ist, dass weltweit noch rund 50 Millionen Antipersonenminen vernichtet werden müssen.





Weshalb tritt bei Handicap International die Antiminenarbeit etwas in den Hintergrund und fokussieren Sie sich neu auf Bombenabwürfe auf Zivilpersonen (siehe Beitrag auf Seite 19)? Wie wollen Sie diese Bombenangriffe in Kriegs- und Bürgerkriegsgebieten bekämpfen?

Die Antiminenarbeit bleibt nach wie vor sehr wichtig für uns. Handicap International (HI) hat 2017 weltweit über 650'000 Personen durch seine Aktionsprogramme gegen Minen und andere Explosivwaffen geholfen, sei es, um ihnen Prothesen anzupassen und ihnen bei der Wiedereingliederung in die Gesellschaft zu helfen, in der Minenräumung oder durch Sensibilisierungskampagnen für Erwachsene und für Kinder.

Seit 2011 hat HI diese Arbeit zu Minen, Streubomben und anderen Explosivwaffen ausgeweitet, indem es die Initiative zum Bombardierungsverbot von Wohngebieten erweitert. Solche Bombardierungen verstossen gegen internationales Völkerrecht und gegen die Genfer Konventionen. 92 Prozent der Opfer dieser Bombardierungen sind Zivilpersonen, darunter viele Frauen und Kinder. In Syrien zum Beispiel gibt es täglich 91 Angriffe durch Bomben oder andere Waffen. HI ruft zur Unterzeichnung einer Petition auf, um beteiligte Staaten zum sofortigen Handeln zu bewegen. Wir sprechen auch dazu mit Schweizer ParlamentarierInnen. Ziel

ist es, dass die Staaten eine Deklaration verabschieden, die der Bombardierung von Wohngebieten ein Ende setzt.

Wie beziehen Sie konkret Menschen mit Behinderungen in Ihre Arbeit ein?

HI bezieht in allen seinen Arbeitsbereichen, auch in den Projekten, Menschen mit Behinderungen mit ein. So werden etwa bei Risikoanalysen und Evakuierungsplänen die lokalen Behörden wie auch Personen mit Behinderungen und deren Vereinigungen in die Planungsarbeit einbezogen, um diese den konkreten Bedürfnissen anzupassen, denn Personen im Rollstuhl brauchen andere Evakuierungsmöglichkeiten. Im Maghreb beispielsweise hat HI zivile Organisationen unterstützt, damit sich Vereinigungen von Personen mit Behinderungen formieren und diese ihre Rechte verteidigen können.

Für uns gehört dazu die Ausbildung von VertreterInnen dieser Vereinigungen wie auch die Unterstützung von nationalen Vereinigungen von Menschen mit Behinderungen. Die Menschenrechte gelten gleichermassen für Menschen mit und ohne Behinderungen. Die Schweiz hat die UNO-Behindertenrechtskonvention von 2006 im Jahr 2014 ratifiziert. Der Einbezug von Menschen mit Behinderungen in Projekte der schweizerischen Entwicklungszusammenarbeit und humanitären Hilfe kann allerdings noch verbessert werden.

Landminen bilden vor allem auch eine tödliche Gefahr für Kinder. Es gibt verschiedene Programme, wie Kinder über Minen aufgeklärt werden können. Wie engagiert sich Handicap International in diesen Projekten?

Wird ein explosiver Kriegsrest gefunden, stellt HI ein Schild als Warnung auf, um die lokale Bevölkerung vor den Gefahren zu schützen. Ein Beispiel: In der Region des Tschadsees schärft ein Zwei-Personen-Team von HI das Risikobewusstsein bei den Menschen. Die Sitzungen finden draussen statt, im Schatten, vor einer Moschee oder auf Schulhöfen. Die HI-Mitarbeiter zeigen mit Zeichentrickfilmen kleinen Gruppen von bis zu 25 Personen auf, wie explosive Kriegsreste erkannt werden können. Die Menschen lernen, wie die Waffen funktionieren, welchen Schaden sie anrichten können und wie das verhindert werden kann.

Falls eine Vernichtung der explosiven Reste nicht sofort machbar ist, kehren Teams von HI regelmässig zu den Orten zurück, wo explosive Kriegsreste gefunden wurden, und überprüfen dort die Lage: Ist der Sprengstoffrest noch gut erkennbar? Wurde er von Sand bedeckt? Sind die Warnschilder noch am Platz?

Die FRIEDENSZEITUNGS-Redaktion stellte Marco Kirschbaum die Fragen schriftlich.